

## **Stellungnahme des Ortschaftsrates Kleinröhrsdorf vom 15.08.2006**

Seitens des Ortschaftsrates erging folgende Stellungnahme vom 15.08.2006, gerichtet an die Gemeindeverwaltung Wachau, Herrn Bürgermeister Eisold:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, der Ortschaftsrat von Kleinröhrsdorf als Vertretung der Bürger von Kleinröhrsdorf spricht sich hiermit einstimmig gegen den Bau der von der Sachsenmilch AG geplanten Müllverbrennungsanlage in Leppersdorf aus.

Kleinröhrsdorf würde laut der zum Projekt vorliegenden Immissionsprognose des TÜV Süd eine der hauptsächlich betroffenen Gemeinden sein. Die Bürger von Kleinröhrsdorf würden bedingt durch die 70m hohen Schornsteine der Müllverbrennungsanlage und die hauptsächlich herrschenden Windrichtungen direkt den Abgasen des Kraftwerks mit den darin enthaltenen giftigen Schadstoffen und Stäuben als auch dem entstehenden Lärm ausgesetzt.

Die Grenzwerte für Schadstoffausstoß der 17. BImSchV orientieren sich an den im Jahr 1990 für technisch realisierbar gehaltenen Abscheideleistungen von Abgasreinigungsanlagen (Bayrisches Landesamt für Umweltschutz). Ein Rückschluss auf eine gesundheitliche Unbedenklichkeit für Menschen lässt sich hieraus keinesfalls ziehen.

Die bereits bestehenden Vorbelastungen der Bürger durch Schadstoffe des Autoverkehrs sind zusätzlich zu berücksichtigen.

Bei vielen vergleichbaren vorhandenen Anlagen werden im laufenden Betrieb die Grenzwerte nachweislich nicht eingehalten. Entsprechende Studien dazu liegen vor. Es wird per Gesetz überhaupt nur ein Bruchteil der tatsächlich durch eine solche Anlage emittierten Schadstoffe überwacht. Weiterhin beinhaltet die 17.BImSchV diverse Ausnahmeregelungen, die den Verzicht auf kontinuierliche Messungen der giftigen Schadstoffe sowie Anhebungen der Grenzwerte für den Ausstoß bestimmter Schadstoffe durch die Betreiber ermöglicht.

Das geplante Kraftwerk würde eine sehr große Müllverbrennungsanlage werden und wäre noch mal um ein Drittel größer als die bereits bestehende und lange in der Öffentlichkeit diskutierte Müllverbrennungsanlage in Lauta!

In Sachsen wird das voraussichtliche Restmüllaufkommen weiter sinken (siehe aktueller Abfallwirtschaftsplan, Fortschreibung des Jahres 2004, S. 13) und es bestehen bereits jetzt mehr Kapazitäten für die Restmüllbehandlung als entsprechender Bedarf (S. 75f des sächsischen Abfallwirtschaftsplanes). Insoweit ist die Anlage auch gesamtgesellschaftlich nicht vertretbar. Außerdem bedingt diese Situation, dass der Großteil des zu verbrennenden Mülls aus ganz Europa und wahrscheinlich insbesondere aus Osteuropa antransportiert wird. Dieser Müll kann durch mangelnde Kontrollmechanismen extrem schadstoffbelastet sein und würde uns noch stärker gefährden.

Bitte bedenken Sie auch, dass eine sowohl hinsichtlich der räumlichen Abmaße als auch hinsichtlich der Kapazität derart große Müllverbrennungsanlagen die Attraktivität unserer Region schlagartig senken würde. Der Tourismus (hier denken wir besonders an den Campingplatz LuxOase) würde durch den entstehenden Imageschaden stark beeinträchtigt, Immobilien- und Grundstückspreise stark fallen und aus einer ökologisch intakten Region entstünde eine Region mit zusätzlichen gesundheitlichen Risiken für unsere Bürger.

Lassen Sie sich bei Ihrer Entscheidung über die Gesundheit unserer Bürger und unserer Region nicht durch finanzielle Vorteile beeinflussen. Auch wenn die Sachsenmilch AG der größte Gewerbesteuerzahler und Arbeitgeber Ihrer Gemeinde ist, so ist die Müllverbrennungsanlage extrem schädigend und gefährlich für Sie persönlich, Ihre und unsere Familien und Kinder. Es bringt keinen Vorteil, eine finanziell gut ausgestattete Gemeinde zu sein und gleichzeitig die Krebsstatistik für Sachsen anzuführen.

Ergänzend dazu möchten wir klarstellen, dass das bestehende und noch in Ausbau befindliche Sachsenmilch-Werk ansonsten von uns positiv beurteilt wird. Müllermilch hat für dieses Werk bereits mehrfach Förderungen seitens der EU und des Landes Sachsen erhalten (letzte Fördersummen ca. 70 Mio. EUR) und kann vermutlich kaum mit der Verlagerung seines größten deutschen Werkes nach Osteuropa drohen, ohne eine Rückzahlung der erhaltenen Fördergelder zu riskieren. Auch die derzeit von Sachsenmilch getätigten Investitionen in neue Werksanlagen machen eine Schließung des Leppersdorfer Werkes ohne ein eigenes Heizkraftwerk unwahrscheinlich.

Aus oben genannten Gründen bitten wir Sie ausdrücklich, der Änderung des Bebauungsplanes nicht zuzustimmen und damit den Bau der Müllverbrennungsanlage zu verhindern. Bedenken Sie dabei insbesondere, dass nur Ihre Ablehnung des Antrags auf Änderung des Bebauungsplanes realistisch den Bau der Anlage verhindern kann. Schieben Sie deshalb Ihre persönliche Verantwortung nicht auf andere Zuständigkeiten ab.

Mit freundlichen Grüßen

Heidrun Helaß, Ortsvorsteherin